



Medienmitteilung

Zürich, 27 März 2025

Beschlüsse der Kommissionen

KSSG: Kein horizontaler Lastenausgleich in der Sozialhilfe der Gemeinden

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, die parlamentarische Initiative von EVP-Altkantonsrat Walter Meier betreffend «Faire und solidarische Sozialhilfe im Kanton Zürich» abzulehnen ([KR-Nr. 204/2022](#)). Mit der Initiative wird gefordert, mit einem horizontalen Lastenausgleich die Solidarität zwischen den Gemeinden zu fördern. Die Mehrheit der Kommission hat sich gegen die Einführung eines Fonds ausgesprochen. Sie will den relativ ausbalancierten Finanzausgleich nicht gefährden und lehnt auch eine Erhöhung des Staatsbeitrags ab. Eine Minderheit aus SP, Grünen, EVP und AL sieht die Notwendigkeit eines Ausgleichs. Sie wünscht sich mehr Solidarität zwischen den Gemeinden. Der Sozialhilfebezug in den Gemeinden sei eher vom zur Verfügung stehenden Wohnraum abhängig als von der spezifischen Arbeit der einzelnen Gemeinden.

KSSG-Präsident: Andreas Daurù (SP, Winterthur), 079 360 48 64

KPB: Änderung der Natur- und Heimatschutzverordnung soll genehmigt werden

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, eine Änderung der Kantonalen Natur- und Heimatschutzverordnung (KNHV) zu genehmigen ([6002](#)). Aufgrund der stark angestiegenen Anzahl ISOS-Verfahren im Kanton Zürich steht die Baudirektion mit dem Bund im Austausch, um Lösungen zur Verringerung der Zielkonflikte und der Verfahrenskomplexität bei der Anwendung des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz zu finden. ISOS steht für Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung. Die Änderung der KNHV ermöglicht es, die Zuständigkeit für das ISOS an Gemeinden zu delegieren. Dies soll zur Entlastung des kantonalen Amtes für Raumentwicklung und damit zur Verkürzung der Verfahrensdauer für Baubewilligungen beitragen, bis eine Lösung auf Bundesebene erarbeitet ist. Die Kommission hält die vorgeschlagene Änderung der KNHV für sinnvoll. Gleichwohl befürwortet sie die Bestrebungen, das Problem grundsätzlich und langfristig auf dem Weg einer Gesetzesänderung zu lösen, und unterstützt das diesbezügliche Engagement des Kantons.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

KPB: Dringliches Postulat betreffend Seepolizei-Posten soll abgeschrieben werden

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von SVP, FDP, Mitte, GLP und SP betreffend «Kantonspolizei Oberrieden, Seepolizei, Gesamtinstandsetzung (13043)» als erledigt abzuschreiben ([KR-Nr. 477/2022](#)). Unbestritten war in der Kommission die grundsätzliche Notwendigkeit einer Gesamtinstandsetzung des Polizeipostens. Die Kommission teilt die grundsätzlichen Kritikpunkte der Finanzkontrolle (siehe KR-Nr. 186/2024) sowie der Finanzkommission



(siehe 5952) am Planungsprozess, steht dem aktuellen Bauprojekt jedoch grundsätzlich positiv gegenüber. Scharf kritisiert wurde hingegen die Tatsache, dass die gesamten Kosten für das Projekt als gebundene Ausgaben eingestuft wurden und damit in der alleinigen Finanzkompetenz des Regierungsrates liegen. Die Kommission ist der Meinung, dass mindestens ein Teil der Kosten als neue Ausgabe zu klassifizieren gewesen wäre.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Im vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.